



Kurz & gut

Rassistische Einstellungen im Nachbarschaftsumfeld haben zugenommen¹

(FRB September 2015)

Ausländisch klingende Nachnamen können Grund für die Absage einer Wohnung sein, vermehrt wird die **Nationalität** der Nachbarn und Nachbarinnen als relevant für die **Wohnqualität** erachtet und deutlich mehr Personen mit **Migrationshintergrund** bezahlen im Schnitt einen **höheren Mietpreis** pro Quadratmeter.

Keine Besichtigungstermine

«Er sagte, er könne uns die Wohnung nicht geben, weil meine Frau ein Kopftuch trage und das im Haus zu Konflikten führen könne.»

(«Bericht zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt» von NCBI und Gewählte Stimme, S. 15.)

«Herr Habib weiss heute noch nicht, ob es wegen seiner Herkunft und seinem Namen war, dass er keine Wohnung bekommen sollte, oder ob die Familiensituation und das kleine Einkommen eine Rolle spielten.»

(«Domicil News, Wohnen ist Leben» 01/15, S. 4f.)

Wie eine Studie im Auftrag der Organisationen **National Coalition Building Institute NCBI** und **Gewählte Stimme**², einem Zusammenschluss von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund, zeigt, werden Bewerberinnen und Bewerber mit ausländisch klingenden Namen schon bei der Anfrage für eine Wohnungsbesichtigung diskriminiert: Sie erhielten weniger häufig eine Antwort auf Terminanfragen. Oft wurden Wohnungen bestimmten Personengruppen aufgrund ihrer Nationalität oder Religionszugehörigkeit verwehrt.

¹ In regelmässigen Abständen beleuchtet die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) einen Lebensbereich in dem Menschen rassistisch diskriminiert werden. Grundlage ist der alle zwei Jahre erscheinende Bericht der FRB in der Schweiz. Siehe Rubrik auf Webseite FRB „kurz und gut“, www.frb.admin.ch/ >Berichterstattung und Monitoring > kurz und gut.

² «Bericht zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt» von NCBI und Gewählte Stimme, 2014, www.gewaehlte-stimme.ch > Projekte > Diskriminierung im Wohnungsmarkt > Untersuchungsergebnisse und Empfehlungen.

Die staatlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung dieser Missstände sind begrenzt, gilt doch auf dem Schweizer Wohnungsmarkt das Prinzip der Vertragsautonomie: Den Vermieterinnen und Vermietern können keine Vorgaben bei der Auswahl ihrer Mieterschaft gemacht werden. Umso wichtiger sind da die laufenden Bestrebungen der Kantone nach einem Ausbau des Beratungsangebots für wohnungssuchende Migrantinnen und Migranten.

Im Fall vom oben genannten Herr Habib verlor die vierköpfige Familie mit seiner Entlassung auch die vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellte Wohnung. Die Familie suchte lange erfolglos eine Wohnung und wurde vorübergehend in einer Notwohnung untergebracht.

Mit der Unterstützung der **Stiftung Domicil** im Kanton Zürich soll sie nun befähigt werden eine Wohnung zu finden, diese zu behalten und sich langfristig selbstständig im Mietverhältnis bewegen können.

Wohn- und Nachbarschaftskonflikte

«Der Sozialarbeiter von Casanostra spricht Frau T. auf die Reklamationen an, doch diese scheint nicht zu verstehen, wie es dazu gekommen sein könnte. Ihre Kinder verhielten sich wie andere Kinder auch, beteuert sie, ab und zu ein Streit, nichts Aussergewöhnliches.»

(«Jahresbericht 2014: Casanostra – Verein für Wohnhilfe», S. 17.)

«Ich habe gelernt, dass bestimmte Menschen jemandem ihren Respekt zeigen, indem sie Ihnen nicht in die Augen sehen. Nun verstehe ich die Handlungen eines jungen afrikanischen Mieters besser. Es nervte mich sehr, dass er mich nie ansah. Inzwischen suche ich seinen Blick nicht mehr. Ich fasse es nicht mehr als persönliche Provokation auf, sondern als seine Weise mir Respekt zu zollen. Seither ist unsere Beziehung viel entspannter.»

(Broschüre: «Concierge: Actrices et acteurs clés du vivre ensemble», o.S, Übers. FRB)

Rassistische Einstellungen im nahen Umfeld der Nachbarschaft sind weiter verbreitet als im öffentlichen Raum, und sie sind im Vergleich zu 2012 häufiger geworden. Dies zeigt eine im Dezember 2014 veröffentlichte Umfrage³. Ein Fünftel der Befragten gab an, dass für sie die Nationalität ihrer Nachbarinnen und Nachbarn eine Rolle spiele. Die Hautfarbe fällt dabei weniger ins Gewicht als Sprache und Religion.

In Städten und Gemeinden werden Projekte für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und der Integration von Migrantinnen und Migranten gefördert, zum Beispiel durch die gezielte Errichtung von Begegnungsorten. In Lausanne beispielsweise organisiert das **Bureau lausannois pour les immigrés BLI** seit 2003 auch Kurse für Hauswarte/-innen zur Sensibilisierung für interkulturelle Fragen und für die Prävention rassistischer Diskriminierung.

³ Longchamp, Claude/Imfeld, Martina et al. Verbreitung und Entwicklung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit und Judenfeindlichkeit. Schlussbericht zur Studie „Zusammenleben in der Schweiz 2010-2014, Bern.

Programme zur Förderung der Integration

«Viele wohnen alleine und sind mit sozialer Unsicherheit, Isolation oder Abhängigkeit konfrontiert. Unter diesen Umständen sind die Beziehungen unter Nachbarn oft reduziert oder konfliktgeladen. 'Um Probleme zu vermeiden, bleiben alle für sich', bemerkt ein Bewohner, und dadurch wächst das Unbehagen.»

(<http://www.leslibellules.ch/presse.aspx> > Blog signé Genève, Übers. FRB)

Der Bund ebenso wie die **Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM** fördert mit Programmen in besonders exponierten Quartieren und Gemeinden die gesellschaftliche Integration. In verschiedenen Kantonen laufen Projekte, um Bevölkerung und Behörden bezüglich Diskriminierung zu sensibilisieren, die Teilnahme von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben zu verbessern und bei auftretenden Wohnkonflikten zu vermitteln.

Das Quartier **«Les Libellules»** zum Beispiel ist durch eine grosse Verkehrsachse vom Rest der Stadt Vernier abgeschnitten. Aufgrund der hohen Anzahl sozial und wirtschaftlich benachteiligter Bewohnerinnen und Bewohner gilt es als eines der problematischsten Quartiere im Kanton Genf. Im Rahmen des Programms **«Projet urbain»** werden die baulichen Aufwertungen der Siedlung als Chance genutzt, um über mehr Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Weiterführende Informationen

- Rassistische Diskriminierung in der Schweiz. Bericht der Fachstelle für Rassismusbekämpfung 2014. Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB, Bern 2015.
- www.edi.admin.ch/frb > Tätigkeitsbereich Städte und Gemeinden
- www.edi.admin.ch/frb > Recht und Beratung > Fallbeispiele aus dem Alltag
- www.projetsurbains.ch > Bundesprogramm Projets urbains
- www.periurban.ch > Programm Periurban der Eidg. Kommission für Migrationsfragen EKM
- www.domicilwohnen.ch > Stiftung Domicil
- www.casanostra-biel.ch > Verein für Wohnhilfe
- www.leslibellules.ch > [Projet de quartier à Vernier](#)
- <http://www.lausanne.ch/bli/bli> > Publications > « Concierge : Actrices et acteurs clés du vivre ensemble »
- www.ncbi.ch > National Coalition Building Institute Schweiz
- www.gewaehlte-stimme.ch/aktuell.php > Zusammenschluss von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund
- «Bericht zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt» von NCBI und Gewählte Stimme, www.gewaehlte-stimme.ch > Projekte > Diskriminierung im Wohnungsmarkt > Untersuchungsergebnisse und Empfehlungen.